

Maßnahmen gegen die Auslandsreisen schweben, wobei allerdings an eine Herabsetzung der 200-Markgrenze nicht mehr gedacht werde. Da also die Summe des ins Ausland mitzunehmenden Geldes, die auf 200 M. beschränkt ist, nicht weiter gekürzt werden soll, wird man wohl annehmen dürfen, daß an eine Verschärfung der nach dem 8. April von Geld aus Deutschland ins Ausland gedacht wird. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß diese ganze Frage vor Beendigung des Wahlkampfes um die Reichspräsidentenschaft akut wird.

Der evangelische Reichselterntag zur schulpolitischen Lage.

Berlin, 1. April. (Eigene Meldung.) Der in Potsdam verammelte Reichselterntag nahm in einer geschlossenen Vertretung zur schulpolitischen Lage Stellung. Professor Dr. Hinderer wandte sich gegen die Versuche, in letzter Stunde Aemterbesetzungen nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorzunehmen. Die weltliche Schulbewegung sei im ganzen zum Stillstand gekommen. Der Lösung einer „nationalen Elternschaft unbedingt an dem Grundgedanken der evangelischen Gemeinschaftsschule“ gegenüber müsse die evangelische Elternschaft und des Elternrates festhalten. Von dem Ausgang der bevorstehenden Parlamentswahlen hänge für die Kulturpolitik in den Ländern wie auch im Reich entscheidendes ab. Die Elternschaft müßte größten Wert darauf legen, daß im Wahlkampf nicht wieder die kulturellen Gesichtspunkte unter dem Zwang der politischen und wirtschaftlichen Lösungen vernachlässigt würden.

Der amtliche Wahlzettel zum zweiten Wahlgang.

Berlin, 1. April. Der amtliche Wahlzettel für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ist jetzt fertiggestellt. Er ist diesmal auf grünem Papier gedruckt und enthält nur die drei Namen Hindenburg, Hitler und Thälmann. Betriebsanwalt Gustav Winter hat an den Reichswahlleiter ein Schreiben gerichtet, in welchem er erklärt, daß er im zweiten Wahlgang nicht wieder kandidiere.

Deutschnationale Beratungen.

Berlin, 1. April. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat heute nachmittag im Reichstage eine Sitzung abgehalten, in der zu der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl und den Preußenwahlen Stellung genommen wurde. Dabei hat sich im wesentlichen ergeben, daß die Deutschnationalen bei dem von ihrem Parteivorstand Hugenberg angeführten Programm bleiben wollen, nämlich an der Präsidentschaftswahl kein Interesse mehr zu nehmen, sondern alle Kraft auf die Preußenwahlen zusammenzufassen. Das bedeutet nicht, daß die Deutschnationalen etwa für den 10. April die Stimmhaltungspareole auszugeben beabsichtigen, sondern sie stellen es den Wählern frei, wie sie sich an diesem Tage verhalten wollen. Die Partei wird jedenfalls für den zweiten Präsidentschaftswahlgang vermutlich überhaupt keine Parole ausgeben.

Dagegen hat die Fraktion heute eine Entschiedenheit gezeigt, in der die Angriffe, die in einer Berliner nationalsozialistischen Zeitung erneut gegen Hugenberg in bezug auf seine Verbindung mit dem Scherwagel erhoben wurden, energisch zurückgewiesen werden. Es wird erklärt, daß die völlige Unwahrheit dieser Behauptungen schon durch den Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages festgestellt worden sei. Selbst die Sozialdemokratie habe Hugenberg im Preussischen Landtag peinlichste Sauerbitterkeit in seinen gefamten Geschäftsunternehmungen bescheinigen müssen. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Nationalsozialistische Partei von derartigen Machenschaften abtrübe.

Am Sonnabend tritt der deutschnationale Parteivorstand zusammen, um die Landesliste für die preussischen Landtagswahlen festzustellen.

Ein bürgerliches Wahlbündnis für die Preußenwahlen zustande gekommen.

Berlin, 1. April. Wie das Nachr.-Büro des V.D. meldet, ist das Wahlbündnis zwischen der Wirtschaftspartei und der Landvolkpartei, sowie der Liste „Junge Rechte“ für die bevorstehenden preussischen Landtagswahlen zustande gekommen. Zur Liste „Junge Rechte“ gehören insbesondere die Volksservativen und Jugendgruppen, die ohne politische Selbstständigkeit sich formiert haben, wie die Fiße-Gesellschaft usw. Die grundsätzliche Verständigung auch über die Platz-einteilung auf den Listen liegt vor. Die Benennung der Kandidaten ist den Parteien überlassen. Die Landvolk-kandidaten werden Anfang nächster Woche bekanntgegeben.

Neue Harzburger Besprechung.

Nicht von einer Neuauflage der sogenannten Harzburger Front ist hier die Rede, sondern von einer Besprechung zwischen Reichsinnenminister Groener, der sich gegenwärtig in Bad Harzburg aufhält, und dem braunschweigischen deutschnationalen Minister Rüdenthall. Braunschweig hat zwei Minister. Der zweite ist bekanntlich der Nationalsozialist Klages. Rüdenthall hat sich nun anlässlich des Aufenthalts des Reichsinnenministers Groener nach Bad Harzburg begeben, das bekanntlich auf braunschweigischem Gebiet liegt, um dort mit dem Reichsinnenminister über schwebende politische Fragen zu sprechen. Im Interesse der Ruhe unseres politischen Lebens ist es dringend erforderlich, daß über gewisse Behauptungen der Linkspresse hinsichtlich der Zustände in Braunschweig Klarheit geschaffen wird, und zwar besonders auch deshalb, weil neuerdings gewisse Bildweissagungen ihren Eingang auch in die ausländische Presse gefunden haben. Wenn es tatsächlich so ist, wie die deutsche Linkspresse behauptet, dann müßte ein normaler Mensch in braunschweigischen Landen seines Lebens nicht mehr sicher sein. Der Reichsinnenminister hat jedenfalls die Pflicht, entweder die Behörden eines deutschen Landes gegen eine systematische Berührungsimpfung zu schützen oder aber von Reichs wegen durchzugreifen, um ordnungsmäßige Zustände wieder herzustellen. Ein Drittes gibt es jedenfalls nicht. Es ist unerträglich, wenn die parteipolitischen Kämpfe dahin führen, daß die Regierung eines Landes systematisch in den Dreck gezogen wird. Nach den bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiete nehmen wir von vornherein an, daß die allermeisten

Nachrichten über die Zustände in Braunschweig agitatorische Lügen sind.

Ueber die Besprechung wird eine halbamtliche Meldung ausgegeben, in der es heißt: „Beide Minister haben in vollster Offenheit die politischen Fragen besprochen, die in letzter Zeit das Land Braunschweig berührt haben und dabei festgelegt, daß sie sich in vollster Uebereinstimmung befinden.“

Minister Dietrich klagt gegen Feder.

Berlin, 2. April. (Eigene Meldung.) Reichsfinanzminister Dietrich hat, der „Germania“ zufolge, Strafantrag gegen den Reichstagsabgeordneten Gottfried Feder, gegen den Berammlungsredner Höbel und den verantwortlichen Redakteur des nationalsozialistischen Blattes „Der Freiheitskampf“ gestellt. Der Strafantrag richtet sich gegen die Behauptung, der Minister habe die Stimmen der Wirtschaftspartei im Reichstag durch einen Scheck über 50 000 Mark gekauft und damit die Reichsregierung vor dem Sturz bewahrt.

Eine Klage Hitlers gegen die „Münchener Post“.

München, 1. April. (Eigene Meldung.) Vor dem hiesigen Schöffengericht begann heute vormittag ein Prozeß Hitlers gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Münchener Post“, Gruber, wegen eines in der „Münchener Post“ erschienenen Artikels, der über eine von den Nationalsozialisten angeblich beabsichtigte „Bartholomäusnacht“ berichtete. Als erster Zeuge wurde der Laborant Johann Bödel vernommen, der die angeblichen „schwarzen Listen“ der Nationalsozialisten dem Hauptchriftleiter des Blattes, Landtagspräsidenten Auer, übergeben hatte. Bödel, der aus der NSDAP ausgeschlossen wurde, erklärte, die Listen, die er Auer übergeben habe, einschließlich der Unterschrift Leiber hergestelt zu haben. Ueber seine Beweggründe machte der Zeuge keine bestimmten Angaben.

Keine Deufen für Fertigwareneinfuhr.

Unzureichende Vorschläge des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Die bedrohliche Zuspitzung der Lage am Devisenmarkt hat nun auch den Handelspolitischen Ausschuss des Reichsverbandes der Deutschen Industrie veranlaßt, sich eingehend mit der Frage zu befassen, welche Maßnahmen zur Besserung der Devisenlage ergriffen werden könnten. Hier allerdings geglaubt hatte, daß aus den Kreisen der Industrie wirklich richtungweisende Vorschläge zu einer fruchtbareren Umgestaltung der Devisen- und Handelspolitik gemacht werden würden, muß durch das Ergebnis der Beratungen des Handelspolitischen Ausschusses enttäuscht sein.

Das Kommuniqué.

Das der Öffentlichkeit vom Reichsverbande übergeben worden ist, ist allerdings sehr allgemein gehalten und läßt die Vermutung aufkommen, daß in den Kreisen der Industrie selbst über die einzuschlagenden Wege eine Einigkeit noch längst nicht erzielt ist. Es bestand, wie es im Kommuniqué heißt, Uebereinstimmung darüber, daß die Abnahme des deutschen Ausfuhrüberschusses durch die Abperlungsmassnahmen des Auslandes zwangsläufig zu einer Verschärfung der Devisensituation führen muß, wenn auf der anderen Seite der Dienst für unsere Haushaltungswirtschaft aufrecht erhalten und die Ernährung der Bevölkerung sowie die Belieferung der Industrie mit den notwendigen ausländischen Rohstoffen sichergestellt werden soll.

Angesichts dieser Lage wird es für unerlässlich gehalten, jeden, nur möglichen Versuch zu unternehmen, der geeignet ist, zu Devisenersparnissen zu gelangen, ohne dabei die deutsche Ausfuhr zu beeinträchtigen. Den Weg dazu glaubt die Mehrheit des Ausschusses in einer

Umgestaltung des jetzigen Systems der Devisenbewirtschaftung

im Sinne einer erweiterten Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte mit dem Ziele einer bevorzugten Zuteilung von Devisen für die Einfuhr notwendiger Lebensmittel, Rohstoffe und gewisser unentbehrlicher Halbfabrikate zu finden. Alle Pläne in der Richtung einer Kautarkie seien ebenso scharf wie etwa damit verbundene Währungs-experimente abzulehnen. Mit diesem Programm, das doch wohl allzu sehr auf die Interessen nur der Industrie abgestellt ist, macht es sich der Reichsverband etwas zu leicht. Die Einfuhr von Fertigzeugnissen soll offenbar durch Devisenverweigerung vollkommen unmöglich gemacht werden, während auf der anderen Seite — wohl um die landwirtschaftlichen Kunden der deutschen Industrie im Ausland nicht zu verärgern — nach wie vor Devisen für die Einfuhr notwendiger Lebensmittel (übrigens ein sehr weit gefaßter Begriff) zur Verfügung gestellt werden sollen. Will man auf der einen Seite die deutsche Devisenbilanz bessern und auf der anderen Seite die Schumpfung des Warenaustausches mit dem Auslande nach Möglichkeit verhindern, so wird man dieses Ziel durch autonome deutsche Maßnahmen allein sicherlich nicht erreichen können.

Nur durch gleichzeitige devisen- und handelspolitische Maßnahmen und durch Verhandlungen mit dem Auslande, mit dem Ziele, eine direkte Verbindung zwischen der Warenausfuhr und den Zahlungen an das Ausland herzustellen, wird man die der deutschen Wirtschaft aus der jetzigen Entwicklung drohenden Gefahren abwenden können.

Mit der Ablehnung der Kautarkie reut der Reichsverband offene Türen ein, sofern unter Kautarkie eine völlige Abperlung vom Auslande verstanden werden soll, denn eine solche ist bekanntlich unmöglich. Dagegen wird sich wohl auch der Reichsverband der Erkenntnis nicht verschließen können, daß eine stärkere Förderung der produktiven Kräfte des Binnenmarktes angesichts der Abperlungstendenzen der ganzen Welt heute zu einer unabwendbaren Notwendigkeit geworden ist.

Zwei Frauen vom Blitz getroffen.

Trenth, 2. April. Bei dem ersten Frühjahrgewitter wurden gestern nachmittag in Striefa zwei Frauen, die vom Wald kamen, vom Blitz getroffen. Die eine der beiden war sofort tot, die andere — eine Schwägerin der Getroffenen — ist bis jetzt noch bewußlos.

Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 2. April.

Sonntagsgedanken.

Zur Silbernen und goldenen Konfirmation.

Weinlaub, Silber und golden — damit schmücken wir an diesem Sonntag unsere Jubelkonfirmanden, die vor 25 und 50 Jahren in der Bischofswerdaer Hauptkirche konfirmiert worden sind. Solcher Schmuck ist sehr schön, aber in seiner Schlichtheit liegt allerhöchster Sinn!

Wenn das Weinlaub sich färbt, fängt der Wein an zu reifen. Unter goldenem Saub schaut die gereifte Traube hervor. Gewiß, wir haben den Frühling mit seinen Blüten; sein Anblick erfreut ohne weiteres das Herz. Im Laufe der Jahre aber gewinnt für den, der tiefer zu schauen gelernt hat, das Bild des fruchtbarsten Sommers und Herbstes immer größere, immer erstere Bedeutung. Nicht Blüten und Verblühen ist der Sinn unseres Lebens, sondern Reifen und Fruchtbringen!

Weinlaub, Silber und golden — wir suchen etwas an den im 40. und 55. Lebensjahre stehenden Jubelkonfirmanden, die an diesem Sonntag nach 25 und 50 Jahren zu schöner und erster Feler die Kirche ihrer Konfirmation wieder betreten. Wir suchen an den Silbernen den Glanz der Lebenshöhe, die wohl noch nicht ganz erklommen ist, deren Nähe sich aber schon verheißungsvoll zeigen darf in festgeprägter Wesensart, in vollendetester Lauffraft des Geistes und Geistes. — Was suchen wir an den Goldenen? Nicht die ersten Anzeichen des beginnenden Alters, sondern die volle, ganze Lebensreise, das ernste, fromme Wissen um den letzten und tiefsten Sinn menschlichen Erdendaseins, ein Wissen, das nur der vollgereifte Mensch sein eigen nennen darf, das ihn schmückt mit lauterem Gold, so, wie nichts anderes schmückt.

Weinlaub, Silber und golden — mit ihm geschmückt, werden unsere Jubelkonfirmanden in der alten Heimatkirche sich still und ernst zu prüfen haben, werden über alles andere hinweg sich innerlich darauf besinnen, daß der Weinstock Kraft und Nahrung wohl aus der Erde zieht, daß die silberne und goldne Reife aber von der Sonne herkommt, von oben her!

* Vorauszahlung auf die Einkommensteuer. Vom Landesfinanzamt Dresden wird mitgeteilt: Berücksichtigt wird behauptet, die Reichsregierung wolle die Einkommensteuer für 1931 durch die geleisteten Vorauszahlungen absetzen und überzahlte Vorauszahlungen nicht erstatten; weiter sei beabsichtigt, am 10. April 1932 eine weitere Vorauszahlung auf die Einkommensteuer zu erheben. Diese Gerüchte entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. Die Termine für die Einkommensteuervorauszahlungen sind durch die Notverordnung vom 7. Dezember 1931 und die Verordnung vom 5. März 1932 um je einen Monat vorgelegt worden; die nächste Einkommensteuervorauszahlung ist also am 10. Juni 1932 fällig. Die Einkommensteuerveranlagung wird ordnungsmäßig durchgeführt werden, überzahlte Vorauszahlungen werden nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften erstattet werden.

* Dem Wohltätigkeitsverein „Sächs. Festschule“, der vor kurzer Zeit sein 50jähriges Bestehen feiern konnte, genehmigte das Sächsische Ministerium des Innern im Hinblick auf seine wertvolle Wohlfahrtsarbeit die Auspielung einer Geldlotterie zum Besten seiner Kindererholung und der Erhaltung Sächsischer Jungenheimstätten. Ausgespielt werden insgesamt 17 988 Gewinne im Gesamtwert von RM. 26 000.—, darunter Höchstgewinn RM. 7000.— auf ein Doppello zu RM. 1.— und RM. 3500.— auf ein Einzelfello zu 50 Pf., ferner 2 Hauptgewinne zu je RM. 2500.—, 2 Prämien zu je RM. 1000.—, 2 Gewinne zu je RM. 500.— usw. Die Ziehung findet garantiert am 8. u. 9. April 1932 statt. Doppellose zu RM. 1.— sind bei allen Staatslotterie-Einnehmern und sonstigen Losverkaufsstellen zu haben oder direkt zu beziehen durch: Lotteriegeschäftsstelle der Sächsischen Festschule, Dresden-N., Waisenhausstraße 28.

* Die Arbeiterkameradschaften laden im Anzeigenteil zur Teilnahme an einem Vorkursus: „Erste Hilfe bei Unglücksfällen“ ein.

* Kezlicher Dienst am Sonntag, 3. April: Herr Dr. R. o. h. — Sonntags- und Nachtdienst in den Apotheken: Stadt-Apothek, Altmarkt. — Sanitäts-Auto: Sonntags: Anruf Polizeiwehr Nr. 46 und 47. Wochentags: Sanitäts-haus Richter, Dresdner Str. 6, Anruf Nr. 347.

* Zehntausend Menschen machen Kunstblumen. Die Mirag sendet am 18. April, 19 Uhr, einen Frankbericht aus Sebnitz, dem Hauptstüb der deutschen Kunstblumenindustrie, die das wirtschaftliche Fundament eines ganzen Bezirks, in dem rund 10 000 Menschen arbeiten, bildet. Mittelpunkt dieses Bezirkes sind Sebnitz mit seinen 12 000 Einwohnern und das benachbarte Reusitz. Diese beiden Städte bestreiten 90 Prozent der deutschen Kunstblumenherstellung und exportieren nach beinahe allen Ländern der Welt.

* Telegramm-Schmuckblätter. Die Telegramm-Schmuckblätter der Deutschen Reichspost sind vom 1. April an zu Sammlungswecken käuflich. Die künstlerisch ausgeführten Schmuckblätter für Telegramme zu festlichen Gelegenheiten wurden bisher nur zur Niederschrift angekommener Telegramme mit Schmuckblattausfertigung benutzt, die einer Sondergebühr von einer Mark unterliegen. Jetzt kann sich der Sammler die Blätter eigens für seine Zwecke kaufen. Der Kaufpreis beträgt 50 bis 70 Pfg. je Stück, nach dem Umfang der Bestellung. Hierzu kommt bei Rechnungsbeträgen bis zu 50 Mark ein geringer Zuschlag für Versandkosten. Dafür werden die Blätter, die zum Zeichen ihrer Echtheit den Abdruck eines Postaufgabestempels erhalten, unter „Einschreiben“ gegen Nachnahme zugesandt. Weiter erwachsen dem Besteller im Inlandsverkehr keine Kosten. Die Schmuckblätter, von denen zur Zeit elf verschiedene Ausführungen im Vertriebe sind, liegen bei den Telegraphenanstalten.

* Gartenarbeiten im April. Im Obstgarten ist jetzt die wichtigste Arbeit das Spritzen der Obstbäume. Steinobstbäume werden mit 5 bis 7prozentiger und Kernobstbäume mit 8 bis 10prozentiger Obstbaum-Karbolneumlösung bespritzt. Die im Herbst als Schutz gegen den Frost nachspanner um die Stämme der Obstbäume gelegten Klebgürtel müssen, sobald es noch nicht gefroren ist, jetzt abgenommen und verbrannt werden. Die Stellen, an denen der Klebgürtel gefressen hat, sind beim Spritzen der Bäume besonders sorgfältig mit Obstbaum-Karbolneumlösung zu behandeln,